

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Die Angst des Bürgermeisters vor der Bürgerversammlung 13

Abkürzungsverzeichnis 16

Literaturverzeichnis 18

KAPITEL I

Die Bürgerversammlung in der Rechtsordnung 21

1. Die Grundentscheidung des Verfassungsgebers für die repräsentative Demokratie 21
2. Die Bürgerversammlungen nach dem Kommunalverfassungsrecht der Länder 22
3. Die Bürgerversammlung als quasi-plebiszitäre Einrichtung 22
 - 3.1 Zur organschaftlichen Qualität der Bürgerversammlung 23
 - 3.2 Satzungen über die Abhaltung von Bürgerversammlungen 24

KAPITEL II

Die Einberufung von Bürgerversammlungen 27

1. Das Einberufungsmonopol: Recht und Pflicht des Bürgermeisters . . 27
 - 1.1 Der Jahresturnus nach Art. 18 Abs. 1 Satz 1 BayGO 28
 - 1.2 Zusätzliche Bürgerversammlungen in „größeren Gemeinden“ 28
 - 1.3 Keine Ersatzfunktion anderer Veranstaltungen 30
2. Die Rechte des Gemeinderates 31
3. Die Rechte der Gemeindebürger 32
 - 3.1 Rechte aus Art. 18 Abs. 1 BayGO 32
 - 3.2 Das Initiativrecht nach Art. 18 Abs. 2 BayGO 34
 - 3.3 Das Konkurrenzverhältnis zwischen Art. 18 Abs. 1 und 2 BayGO: Jahresturnus gegen Initiativrecht 35
4. Die Möglichkeiten der Rechtsaufsichtsbehörde 35

KAPITEL III

Die Veranstaltung von Bürgerversammlungen	37
1. Vorbereitende Überlegungen	37
1.1 Mögliche Anlässe	37
1.1.1 Die Verabschiedung des Haushaltsplans	37
1.1.2 Das Aufgreifen von Interessen, Wünschen und Anliegen	38
1.1.3 Sonstige Anlässe: PR ja, Wahlkampf nein	38
2. Die Einberufung und Vorbereitung der Bürgerversammlung	40
2.1 Einberufungsfristen	40
2.2 Die Bestimmung des Ortes	40
2.3 Die Festsetzung der Zeit	41
2.4 Die öffentliche Bekanntmachung	41
2.4.1 Bekanntmachungsform	41
2.4.2 Bekanntmachungsfrist	41
2.4.3 Notwendiger Inhalt	42
2.4.4 Möglicher weiterer Inhalt	42
2.4.4.1 Tagesordnung	42
2.4.4.2 Aufforderung zur Einreichung von Beiträgen	43
2.5 Gezielte Einladungen bestimmter Personen und Institutionen	44
2.6 Zuziehung von Mitarbeitern	44
2.7 Klarstellung der Teilnahmerechte	45
2.8 Technische Vorkehrungen	45
2.9 Material-Zusammenstellungen	46
3. Der Ablauf der Bürgerversammlung	46
3.1 Das Recht auf Zutritt	46
3.2 Der Vorsitz	47
3.2.1 Die Stellvertretung im Vorsitz	47
3.2.1.1 Weitere Bürgermeister	48
3.2.1.2 Gemeinderatsmitglieder	48
3.2.1.3 Außenstehende	48
3.2.2 Zur Weisungsgebundenheit des Stellvertreters im Vorsitz	50
3.3 Die Eröffnung	51
3.3.1 Begrüßung	51
3.3.1.1 Gäste und Bürgerschaft	51

3.3.1.2	Vorstellung der Ratsmitglieder und Gemeinde-	51
	beschäftigten	
3.3.1.3	Zur Rolle des Ortssprechers	52
3.3.1.4	Vertreter der Aufsichtsbehörde	53
3.3.1.5	Vertreter der Medien	54
3.3.2	Einleitende Hinweise zum Verfahren	54
3.3.2.1	Hinweise zur Einhaltung der Regularien	54
3.3.2.2	Hinweise zum Versammlungsverlauf	55
3.4	Die Tagesordnung	56
3.4.1	Annahme des Vorschlages	57
3.4.2	Änderungen und Ergänzungen	57
3.5	Tonband-Aufzeichnungen	58
3.6	Die Rechte auf Mitwirkung	59
3.6.1	Rederecht	59
3.6.1.1	Rederecht für ausländische Mitbürger	59
3.6.1.2	Beschränkungen der Redezeit	60
3.6.2	Antragsrecht	62
3.6.3	Stimmrecht	63
3.7	Die Handhabung der Ordnung	63
3.7.1	Das Vorgehen bei Störungen	64
3.7.2	Die angemessene Beendigung	64
4.	Die Gegenstände der Beratung und ihre Behandlung	65
4.1	Das Vorprüfungsrecht des Vorsitzenden	65
4.1.1	Formelles Vorprüfungsrecht	66
4.1.2	Materielles Vorprüfungsrecht	66
4.2	Abstimmungen	67
4.3	Sofortige Beantwortung von Anregungen, Anfragen	
	und Beschwerden	68
4.4	Verweisung auf spätere Beantwortung	69
4.5	Protokollierung	69
5.	Die Nachbereitung der Bürgerversammlung	70
5.1	Die schriftliche Beantwortung	70
5.2	Das Aufgreifen und Weiterverfolgen von Anregungen	
	und Beschwerden	70
5.3	Die Behandlung von Empfehlungen	71
5.3.1	Die Frist für die Behandlung	71
5.3.2	Die Zuständigkeit für die Behandlung	71

KAPITEL IV

Die Praxis auf dem Prüfstand – Krisen, Kontroversen oder Konsens?

1. Störquellen und wie man sie verstopft	72
1.1 Dauer-Monologe	72
1.1.1 Der langweilende Leiter	72
1.1.2 Der Bürger mit dem Redefluß	73
1.2 Profilierungssucht	74
1.2.1 Der eingebildete Prominente	74
1.2.2 Der/die innovative Ratsherr/in	75
1.3 Querulanten	75
1.4 Die alltäglichen Störer	76
2. Streitquellen und wie man sie austrocknet	76
2.1 Der Taktlose	76
2.2 Der Streitsüchtige	77
2.3 Wenn das Bier spricht	78
3. Exkurs: Bedingungen und Elemente für eine Atmosphäre des Vertrauens	78
3.1 Achtung des Bürgers	78
3.2 Respektierung des Rates	79
3.3 Dialogfähigkeit	79
4. Der gelungene Schluß nach überschaubarer Zeit	80

KAPITEL V

Von der Praxis zu neuen Ideen: Überlegungen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

1. Defizite in der Bürgerbeteiligung	83
2. Möglichkeiten zur Erweiterung der Bürgerbeteiligung	83
2.1 Verbesserungen auf der Grundlage des geltenden Rechts	83
2.1.1 Räumliche und sachliche Grenzen	83
2.1.1.1 Die Gemeindeebene als Boden bürgerschaftlicher Partizipation (Keine Bürgerversammlungen auf der Kreisebene)	83
2.1.1.2 Die Bürgerversammlung als mitberatendes Gremium (Kein Ersatz für Ratsentscheidungen)	84
2.1.2 Die Steigerung der Attraktivität von Bürgerversammlungen	84

2.1.3	Bürgerversammlungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen	85
2.2	Verbesserungen durch Übernahme oder Änderung von Rechtsnormen	85
2.2.1	Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	85
2.2.2	Obligatorische Bürger-Fragestunden	87
2.2.3	Reform der Leitung von Bürgerversammlungen	87
3.	Zwischen Plebiszit und Repräsentation: Die Bilanz eines Kompromisses	87
	Anhang	89
1.	Art. 20 und 28 des Grundgesetzes	89
2.	Art. 18 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern	90
3.	§ 20a der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg	91
	Anmerkungen	93
	Sachregister	107